



Antwort zur Anfrage Nr. 1338/2015 der CDU-Stadtratsfraktion betreffend  
**Stand der Verhandlungen zwischen der Stadt Mainz und der Bundesanstalt für  
Immobilienaufgaben (BImA) (CDU)**

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

**1. Wann fanden Gespräche zwischen Mitgliedern der Verwaltung der Stadt Mainz und Vertretern der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben statt?**

In Bezug auf die städtebauliche Entwicklung der militärischen Liegenschaften finden seit Jahren zahlreiche Gespräche zwischen dem Bund und der Verwaltung statt. Seit Anfang 2014 wird auch über die Möglichkeit der Unterbringung von Flüchtlingen in den Liegenschaften des Bundes gesprochen.

**2. Wer nahm auf Seiten der Landeshauptstadt Mainz am jeweiligen Gespräch teil?**

Gespräche mit dem Bund wurden durch den Oberbürgermeister, Mitarbeitende des Büros OB, der Sozialverwaltung sowie der Liegenschaftsverwaltung bzw. durch den Konversionsbeauftragten geführt.

**3. Welche Themen wurden beim jeweiligen Gesprächstermin erörtert?**

Thematisiert wurde, welche Liegenschaften ab welchem Zeitpunkt dauerhaft oder auch vorübergehend der Stadt Mainz zur Unterbringung von Flüchtlingen zur Verfügung gestellt werden können. Natürlich wurde auch über die Frage der Konditionen zur Anmietung gesprochen.

**4. Welche Immobilien wurden von Seiten der Landeshauptstadt Mainz bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben für die Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen angefragt beziehungsweise welche Immobilien wurden von der Bundesanstalt angeboten?**

Die Verwaltung hat mit der BImA über alle denkbaren Liegenschaften des Bundes im Mainzer Stadtgebiet im Hinblick auf eine Nutzung zur Flüchtlingsunterbringung gesprochen.

Daraufhin wurden der Stadt Mainz konkret die Verwaltungsgebäude in der GFZ-Kaserne durch den Bund angeboten. Hier prüft die Verwaltung zurzeit, insbesondere unter Berücksichtigung der zu erwartenden Investitionskosten, intensiv die Möglichkeit der Herrichtung als Flüchtlingsunterkünfte. Auch wurde durch den Bund die Nutzung von Gebäuden der sogenannten Housing-Area in Mainz-Gonsenheim in Aussicht gestellt. Die Verwaltung hat die Nutzungsmöglichkeit inzwischen geprüft. Die Gebäude sind zur Unterbringung gut geeignet und die Verwaltung hat daher ein hohes Interesse an der Anmietung signalisiert. Die endgültige Rückmeldung des Bundes hierzu steht allerdings noch aus.

Ein weiteres Gelände in der Mombacher Straße wurde ebenfalls durch den Bund angeboten. Die Gebäude sind jedoch nicht geeignet. Zurzeit wird geprüft, ob alternativ auf den Flächen Unterbringungsmöglichkeiten errichtet werden könnten. Hier sind insbesondere bauordnungsrechtliche Fragestellungen noch zu klären.

**5. Was sind aus Sicht der Verwaltung die Gründe dafür, dass die Verhandlungen mit der Bundesanstalt bisher noch nicht zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden konnten?**

Es ist nicht Aufgabe der Verwaltung, Entscheidungsprozesse des Bundes zu bewerten.

**6. Wie hoch beziffert die Verwaltung ihre Aufwendungen für die Instandsetzung von Immobilien für die Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen in den letzten beiden Jahren (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?**

Aufgrund der Buchungssystematik werden im Rechnungssystem keine Unterscheidungen zwischen laufenden Sachkosten und Mietkosten bzw. der Erstattung von Herstellungskosten vorgenommen. Die Daten sind somit nicht automatisiert zu erstellen und müssen manuell ausgewertet werden. Die Erstellung einer solchen Aufstellung ist nicht bis zur Stadtratssitzung am 15.07.2015 möglich. Sie wird jedoch zeitnah erstellt und den Fraktionen zugeleitet.

**7. Wie hoch waren im jeweiligen Jahr die Zuwendungen des Landes Rheinland-Pfalz an die Stadt Mainz zur Unterstützung bei der Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen und wie hoch die tatsächlich entstandenen Kosten?**

Die Höhe der pauschalen Kostenerstattung des Landes betrug im Jahr 2013 insgesamt 1.456.220,70 EUR und in 2014 insgesamt 2.761.581,60 EUR. Dem entgegen standen in 2013 - 2.602.536,21 EUR und in 2014 - 4.979.940,34 EUR Ausgaben für Flüchtlinge.

Mainz, 14. Juli 2015

gez.

Michael Ebling  
Oberbürgermeister